

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zukunft der Photovoltaik in Bayern (Drs. 16/4590)**

Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist Herr Kollege Hartmann.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben zu dem Thema den Dringlichkeitsantrag eingebracht; denn aktuell handelt es sich um die Frage: Wie geht es weiter mit der Einspeisevergütung für PV-Anlagen? Es ist bekannt, dass sich die Regierungsfraktionen in Berlin und auch hier in Bayern uneinig darin sind, wie weiter verfahren werden soll. Es wird schon ziemlich viel hin- und hergeschoben. Gibt es nun eine Kürzung zum Stichtag?

Mit unserem Antrag möchten wir erreichen, dass die Staatsregierung endlich einmal einen Bericht gibt und uns erklärt, wie sie zu der Kürzung jetzt steht. Uns geht es nicht darum, die Kürzung zu verschieben oder zu verhindern, sondern darum, was wir in der letzten Plenarsitzung angesprochen haben. Uns geht es um die Art der Kürzung. Wie wird die Kürzung gemacht? Soll die Kürzung um 16 % zu einem bestimmten Stichtag gemacht werden, oder soll sie stufenweise erfolgen?

Im Bundestag hat der Unterausschuss zur Novellierung des EEG gestern eine Fachanhörung durchgeführt. Die Mehrheit der Fachleute vertritt zu dem Thema die Meinung, dass eine Kürzung zu einem Stichtag nicht zweckmäßig und in der Größenordnung von 16 % zu viel ist. Das gilt einmal für die Modulhersteller, die vorwiegend in Ostdeutschland angesiedelt sind, aber auch für die Handwerksbetriebe; Letzteres trifft uns in Bayern ganz stark.

Erstausnehmend bei der Sache ist, dass man den Pfad der rationalen Debatte verlassen hat und eigentlich schon in einen modernen Kuhhandel eingetreten ist. Wir müssen einmal nach Ostdeutschland schauen. Ohne dass eine Absprache stattgefunden hat, sage ich: Die Fördergelder von 100 Millionen Euro für die Modulhersteller in Ostdeutschland sind durchaus berechtigt. Aber ich frage mich schon: Wo war eigentlich die Bayerische Staatsregierung, als verhandelt wurde?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der bayerische Ministerpräsident, Herr Seehofer, der sich selber zum Retter der Solarbranche ernannt hat - er ist bei diesem Thema heute nicht mal mehr anwesend -, hat im März, also vor einem Monat, gesagt: "Die Pläne des Bundeskabinetts haben für Bayern nicht hinnehmbare Konsequenzen." - Ja, so ist es. Aber was wird getan? Wir möchten wissen: Wie steht die Staats-

regierung zur Kürzung der Vergütungen? Steht sie für eine einmalige 16-prozentige Kürzung? Tritt die Staatsregierung für eine Absenkung in Stufen ein, was den Handwerksbetrieben entgegenkommen würde?

Und wie geht die Staatsregierung eigentlich mit den Freiflächen um? Einer heutigen Pressemitteilung des Agrarministers Brunner ist zu entnehmen, dass er sich für die Beibehaltung der Einspeisevergütung auf Freiland- und Ackerflächen ausgesprochen hat.

Die Kollegen der CSU im Bundestag haben der Abschaffung aber zugestimmt, also jenen, die fordern, dass die Einspeisevergütung abgeschafft wird, dass es also keine Förderung mehr gibt. Wir fragen uns: Wo möchte Bayern eigentlich hin, wenn es um die PV-Förderung geht? Darauf braucht man eine klare Antwort.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die klare Antwort sind wir nicht nur den Unternehmen schuldig, die auf diesem Gebiet handeln, nämlich den Modulherstellern, sondern ganz deutlich auch den bayerischen Handwerkern und den bayerischen mittelständischen Betrieben, die in diesem Land die Ausbildungs- und Arbeitsplätze schaffen. Diese Betriebe befinden sich immer noch in einer Unsicherheit darüber, was jetzt wirklich kommt. Wir reden, wenn es um den Zeitpunkt der Änderung geht, nicht mehr von Monaten oder einem halben Jahr, sondern von Wochen.

Aktuell ist festzustellen, dass die Handwerker im wahren Sinne des Wortes nicht mehr vom Dach herunterkommen. Bereits jetzt gibt es Verwerfungen in den Preisen. Die Modulpreise ziehen an. Die Preise für Wechselrichter haben gewaltig angezogen. Bei den Wechselrichtern gibt es bereits erste Lieferschwierigkeiten.

Wir haben also ein kurzes Strohfeuer. Es wurde durch die Unsicherheit auf dem Markt ausgelöst. Es ist Aufgabe der Bayerischen Staatsregierung, der Unsicherheit entgegenzutreten und klipp und klar zu sagen, was sie will. Ich bitte darum, dass der Wirtschaftsminister heute ausführlich dazu Stellung nimmt.

(Margarete Bause (GRÜNE): Aber dann weiß man doch auch noch nicht, ob es die Position der Staatsregierung ist!)

- Ja, das ist das andere, Frau Kollegin. Aber ich würde schon mal gerne wissen, was der Wirtschaftsminister dazu meint, und mich würde darüber hinaus interessieren, was die CSU dazu meint, was die Staatsregierung dann machen wird.

Es kann nicht sein - darüber sind wir uns in diesem Hohen Hause sicherlich alle einig -, dass wir die baye-

rischen Interessen in Berlin nicht vertreten. Wenn klipp und klar deutlich ist, dass die bayerischen Interessen dort bei dieser schlagartigen Kürzung der Einspeisevergütung alles andere als gewahrt werden, dann betrifft das unsere Handwerksbetriebe hier im Lande.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Betriebe zu einer kleinen PR-Aktion einzuladen und zu sagen, dass man nun auch für die Solarkraft sei, ist einfach zu wenig. Der Minister ist uns die Antwort auf die Frage schuldig, was jetzt gemacht wird. Ich bin gespannt auf Ihre Antwort, Herr Minister!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Hartmann. Nächster Redner ist Kollege Reiß für die CSU-Fraktion.

Tobias Reiß (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Hartmann, wir führen die Debatte über die Photovoltaik und die hierzu im Bundestag zu verabschiedenden Neuregelungen im EEG seit mehreren Wochen, wenn nicht sogar seit mehreren Monaten auch hier im Bayerischen Landtag. Auch das bayerische Kabinett hat sich bereits im Februar zu einer Absenkung der Solarförderung mit Maß und Ziel bekannt und klargestellt, dass Hersteller, Betreiber und Handwerker Anspruch auf Vertrauensschutz haben.

Der Ministerpräsident und auch der Wirtschaftsminister haben mehrere Gespräche mit der Solarwirtschaft geführt.

(Ludwig Wörner (SPD): Und jeder hat etwas anderes versprochen!)

Sie, Herr Minister Zeil, haben zuletzt vor einer Woche hier im Hohen Haus die Haltung der Staatsregierung vorgetragen. Unter Berücksichtigung dieser Gespräche und der gestrigen Expertenanhörung im Umweltausschuss des Bundestages sollte meines Erachtens vorrangig noch einmal über Datum und Höhe der aktuell zum 1. Juli geplanten zusätzlichen Absenkung gesprochen werden.

Anstelle der von den GRÜNEN aber geforderten stufenweisen Absenkung halte ich eine nochmalige Verschiebung des Stichtages um bis zu drei Monate auf den 1. Oktober für vertretbar, um den Druck von den ausführenden Handwerksbetrieben zu nehmen.

(Hubert Aiwanger (FW): Gut, also bis Oktober!)

Dem Umstand, dass vor dem Stichtag der Absenkung - egal ob zum 01.07. oder zum 01.10. - überdurch-

schnittlich viele Anlagen ans Netz gehen, könnte meines Erachtens ergänzend dadurch Rechnung getragen werden, dass dieser Zubau bei der zusätzlichen Degression zum Jahreswechsel 2010/2011 nicht vollständig zugrunde gelegt wird, sondern der Zielkorridor von 3.500 Megawatt im Falle seiner Überschreitung eine etwas geringere Degression vorsieht.

Klar ist aber, dass eine einmalige, zusätzliche Vergütungsabsenkung im zweistelligen Prozentbereich in diesem Jahr für die Branche machbar ist. Die Preise für Solaranlagen sind in den letzten Jahren drastisch gesunken. Heute kostet ein komplettes System einschließlich Wechselrichtungsanlage rund 3.000 Euro pro Kilowatt Leistung. Im Jahre 2008 waren hierfür noch rund 4.500 Euro fällig. Eine Anlage ist damit heute rund ein Drittel günstiger als noch vor zwei Jahren. Wer diese enorme Preisentwicklung sieht, muss dafür sein, eine Überförderung zu verhindern, sonst bleiben am Ende ausschließlich überhöhte Renditen bestehen.

Im Übrigen hat die Einspeisevergütung allein mit der Entwicklung der Modulpreise wenig zu tun. Am Markt spielt nicht die Kostensituation der Unternehmen, sondern der Preis die entscheidende Rolle. Wenn, obwohl die Preise sinken, die Einspeisevergütung gleich hoch bleibt, wem wird dann die Differenz zugutekommen? Müssen wir nicht davon ausgehen, dass Investoren und Betreiber die hohe Einspeisevergütung zwar gern kassieren, den Strom aber trotzdem mit asiatischen Modulen erzeugen, weil so die Gewinnspanne am höchsten ausfällt?

Das ist sicherlich ein Problem, das wir alleine mit dem EEG nicht lösen können. Das EEG ist kein Instrument, um zielorientiert Unternehmen der deutschen Wirtschaft zu fördern. Eine der Preisentwicklung angepasste Absenkung gefährdet demnach auch nicht die Position Deutschlands bei der Entwicklung der Schlüsseltechnologie Photovoltaik. Entscheidend ist, dass die deutschen Unternehmen auch weiterhin international wettbewerbsfähig bleiben.

Wir wollen mit dem EEG Technologien fördern und nicht Investmentfonds. Und wir dürfen die Interessen der Stromkunden nicht den Brancheninteressen unterordnen.

Was die weitere Förderung von Freiflächenanlagen angeht, haben wir hier im Hohen Hause bereits beschlossen, die Förderung für Anlagen auf Ackerflächen auch zukünftig zu erhalten. Freiflächenanlagen produzieren Solarstrom zu vergleichsweise günstigen Konditionen und bringen vermehrt technische Innovation zum Einsatz.

Ich plädiere dafür, die Entscheidung über konkrete Anlagen und den Bau von Photovoltaik-Anlagen auf

Acker- oder sonstigen Flächen den Kommunen in deren Eigenverantwortung zu überlassen.

Ich bitte die Staatsregierung, weiterhin in diesem Sinne und im Interesse der bayerischen Solarwirtschaft und der dortigen Arbeitsplätze auf das Gesetzgebungsverfahren Einfluss zu nehmen. Die Staatsregierung hat dem Landtag bereits mehrfach detailliert über ihre Positionen und Initiativen zur Photovoltaik berichtet und würde sicherlich - der Herr Kollege Hartmann hat das ja angesprochen - auch im Rahmen dieses Antrags jederzeit erneut darüber berichten.

Nachdem der Antrag aber unter Ziffer 4 eine rein hypothetische Fragestellung enthält, sehe ich nicht, dass der geforderte Bericht über das hinaus, was der Herr Minister und die Staatsregierung heute sicherlich berichten könnten, einen Mehrwert bringt, sodass wir den Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP - Tobias Thalhammer (FDP): Sehr gut! - Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Kollege Reiß. Nächste Wortmeldung: Kollege Wörner für die Fraktion der SPD.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Zeil, ich darf Ihre Worte aufgreifen. Sie haben vorhin gesagt, man solle nicht ständig die Spielregeln ändern. Gilt das nun für die Telekommunikation und für das EEG oder nur für bestimmte Dinge, die Sie gerade aussuchen?

(Zuruf des Staatsministers Martin Zeil)

Sie haben gerade gesagt, man solle die Spielregeln nicht permanent ändern.

Ihnen, Herr Kollege Reiß, darf ich sagen, Sie tun immer gerade so, als wäre im EEG nicht bereits eine gesetzlich vorgegebene Absenkung vorhanden. Dieses Jahr und im Laufe des kommenden Jahres wird nach diesem Gesetz um zweimal neun Prozent, also 18 %, abgesenkt. Und nun wollen Sie einen Zuschlag. Darüber kann man theoretisch noch reden. Aber tun Sie es nicht in einer Hängepartie, wie Sie es gerade vorhaben. Damit würden Sie die Wirtschaftsstrukturen stören.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der SPD: Bravo!)

Sie versuchen auf der einen Seite, Industrieförderung zu betreiben - zu Recht! - und den Standort Bayern zu stärken - zu Recht! -, und auf der anderen Seite machen Sie mit solchen Maßnahmen die Industriestandorte platt.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Sie sollten sich schon einmal auf der Zunge zergehen lassen, was da seit dem 20. Januar gelaufen ist. Am 20. Januar hat Bundesumweltminister Röttgen das Gesetz vorgestellt. Er sprach von 15 % Absenkung zum 1. April und von 25 % auf den Ackerflächen zum 1. Juli. Das war am 20. Januar.

Daraufhin haben wir den Antrag eingebracht, es bei den alten Förderregeln zu belassen. Diesen Antrag haben FDP, CDU/CSU und GRÜNE abgelehnt. Das kann man natürlich machen.

Am 9. Februar verkündet CSU-Landesgruppenchef Friedrich dann in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung": Bei der Anlage von Freiflächen auf Mülldeponien und in Gewerbegebieten soll es nach dem Willen der CDU/CSU und FDP bei der Kürzung von 15 % ab Juli bleiben. - Neuer Tatbestand.

Am 23. Februar einigt sich die Koalition im Bundestag, dass die Vergütung für Dachanlagen zum 1. Juli um 16 % und für Freiflächenanlagen um 15 % gekürzt wird. Und die Förderung von Anlagen auf Ackerflächen sollte ganz entfallen. - Neuer Tatbestand! Neue Verunsicherung!

Am 23. März sagt Ministerpräsident Seehofer auf öffentlichen Druck - loyal wie er nun einmal so ist - in der Handwerkskammer Vieles zu. Er betont, die Bayern würden für Veränderungen und Verbesserungen eintreten, das Ganze müsse noch einmal überdacht werden, eine zu abrupte Kürzung oder eine zu drastische Kürzung berge die Gefahr schwerer Marktverwerfungen und bedeute den Verlust wertvoller Arbeitsplätze in einer hochmodernen Branche.

Recht hat er. Aber was passiert dann? Wenig später sagt er, er werde die Solarförderung kippen. Das hätte man dann natürlich immer noch machen können. Dann hieß es, man wolle eine Anhörung durchführen.

Am 12.03., bei einem Treffen mit Vertretern der Solarbranche hat Bayerns Ministerpräsident Seehofer seine ablehnende Haltung zur Kürzung der Solarförderung bekräftigt: "Die von der Bundesregierung angestrebten Senkungen sind zu hoch, setzen einen falschen Schwerpunkt und engen das Innovationspotenzial unnötig ein." - Herr Reiß, das ist Industriepolitik - zu Recht. Aber Sie bestreiten diese gerade in Ihrer Rede. Also wo wollen Sie denn jetzt hin? Wollen Sie den Ministerpräsidenten desavouieren? Oder was wollen Sie mit dieser Bemerkung?

Ich sage Ihnen: Bei dieser Verunsicherung, die Sie durch dieses halbjährige Gezerre ohne Plan, ohne Ziel in die Branche gebracht habe, muss man sich nicht

wundern, wenn in der Industrie, in der Wirtschaft und von den normalen Menschen draußen an Politik gezweifelt wird. Es geht hier um Arbeitsplätze, um jede Menge Arbeitsplätze, die Sie in Gefahr bringen. Sie bringen die Wirtschaftlichkeit der Unternehmen in Gefahr. Sie haben die ganze Branche ins Trudeln gebracht. Wie wollen Sie dies wieder reparieren, wie wollen Sie das Vertrauen wiederherstellen?

Sie haben durch diese Maßnahme erreicht, dass jetzt ein Hype kommt, der die ganze Geschichte wieder verteuert. Aber Sie haben eines nicht erreicht: zu klären, wie die Zukunft in der Solarbranche aussieht. Sie haben damit die Zukunftsfähigkeit einer großen Branche zerstört, weil Sie durch zu langes Zögern, durch zu langes Taktieren und Uneinigkeit in der Koalition dafür Sorge getragen haben, dass das Ganze nicht passt.

Und, Herr Kollege, wenn Sie dann noch sagen, Sie wollen die Verbraucher vor überhöhten Preisen schützen, dann darf ich Sie einmal daran erinnern, dass das EEG tatsächlich zwischen 6 Cent und 9 Cent in der Stromrechnung ausmacht. Ich hätte den Wunsch: Wenn Sie die Verbraucher schützen wollen, dann sagen Sie das den großen Energieerzeugern, die die Preise beliebig festsetzen; Sie könnten die Preisaufsicht auch in Bayern etwas besser kontrollieren, wenn man das denn wollte; das wollen wir aber nicht. Komischerweise klagen Sie da jetzt, dass man den Verbraucher zu wenig schützt. Ich hätte die Bitte, dass Sie dieses konsequent an allen Stellen tun, dann wären wir schon einen Schritt weiter.

Ich meine deshalb, man kann dem Antrag der GRÜNEN zustimmen - es ist ein Berichts Antrag -, weil ich glaube, er schadet nicht. Vom zeitlichen Ablauf her haben wir es fast erledigt nach dem, was ich als bisherigen Ablauf zu schildern versucht habe.

Herr Minister Zeil, es wäre schön, wenn wir in den nächsten Tagen endgültig Klarheit hätten, nicht darüber, was zwei Parteien wollen, sondern es geht jetzt wirklich um das, was ich vorher beschrieben habe: um Arbeitsplätze und um die Sicherheit eines ganzen Wirtschaftszweiges in die Zukunft hinein, der sich in Bayern gut entwickelt hat und der jetzt wirklich ins Trudeln geraten ist.

Meine Bitte wäre: Folgen Sie dem, was wir gesagt haben; lassen Sie es bei den 18 % in dem Zeitraum, den das EEG vorschreibt. Lassen Sie die Finger von der Differenzierung zwischen Ackerflächen und Freiflächen; das kriegen Sie nie hin. Geben Sie von mir aus den Kommunen planungsrechtlich das Werkzeug in die Hand, um sicherzustellen, dass die Kommunen sagen können, wo sie was wollen. Das können sie im Übrigen

heute schon, wenn sie wollen; das kann man noch verstärken.

Und sorgen Sie bitte für noch etwas: Sorgen Sie dafür, dass es der Herr Innenminister - jetzt ist er nicht da - unterlässt, Kommunen brieflich zu beraten, wie sie Photovoltaik-Anlagen verhindern können. Das ist bisher nicht das Ziel der Staatsregierung gewesen, wenn ich es richtig verstanden habe, und da kann es nicht sein, dass ein Regierungsmitglied Kommunen schreibt, wie sie Voltaik-Anlagen verhindern können. Das kann nicht das Ziel sein!

Meiner Meinung nach muss man, wenn in dieser Regierung und im ganzen Parlament unisono Einigkeit besteht, dass wir Voltaik wollen, dafür Sorge tragen, dass den Kommunen gesagt wird, wie es geht, aber man soll ihnen nicht das Verhinderungsinstrument in die Hand zu geben nach dem Motto: Wir wollen es ja eigentlich sowieso nicht, und deswegen sagen wir euch, wie man es verhindern kann. Das sollte nicht funktionieren.

Da gibt es im Übrigen einen sehr interessanten Briefwechsel mit den Kommunen, den vom Innenminister sich zu besorgen ich Ihnen empfehle. Sie sollten sich ihn ansehen und vielleicht mit dem Ministerkollegen einmal ein ernstes Wörtchen darüber reden, was die Staatsregierung wirklich will, es sei denn, Sie erklären uns jetzt hier, dass Sie auch der Meinung sind, dass genügend Voltaik vorhanden ist. Dann ist das eine andere Situation. Darüber können wir reden - aber nicht mit uns, weil wir der Meinung sind, wir haben davon immer noch zu wenig und müssen diesen Wirtschaftszweig ausbauen. Deswegen empfehle ich Zustimmung zum Antrag der GRÜNEN.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank. - Es gibt noch eine Zwischenbemerkung des Kollegen Dr. Kirschner. Bitte schön.

Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Lieber Herr Wörner, ich komme zurück auf das letzte Mal, als ich mich schon gemeldet hatte. Wir sind uns einig, dass es sinnvoll war, das Ganze in Bewegung zu setzen und zu fördern, wie es gefördert worden ist. Wir unterscheiden uns nur beim Zeitablauf. Wir unterscheiden uns darin, dass Sie Forderungen stellen, die meines Erachtens wirtschaftspolitisch überhaupt nicht mehr tragbar sind. Ich habe bewusst in meinen letzten Unterlagen nachgeschaut. Ich habe eine Investition mit 500.000 Euro. Nach den jetzigen Fördersätzen bekomme ich 500.000 Euro von der Bank ohne einen Cent Eigenkapital und habe als Investor nach 20 Jahren exakt 300.000 Euro bar auf dem Konto liegen. Ist das wirtschaftlich angemessen?

Ludwig Wörner (SPD): Herr Kollege, ich habe es Ihnen neulich schon gesagt: natürlich nicht! Aber Sie vergessen immer hinzuzufügen, dass dieses und nächstes Jahr diese Vergütung bereits um 18 % gesenkt wird, und wir sind der Meinung, das ist ausreichend.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Wörner. - Nächste Wortmeldung: Kollege Aiwanger, Fraktion Freie Wähler. Bitte sehr.

Hubert Aiwanger (FW): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema Photovoltaik ist wieder ein weiteres Beispiel für einen energiepolitischen Zick-Zack-Kurs von Schwarz-Gelb. Die CSU führt uns wiederum vor, dass sie entweder keine Absicht hat, Planungskompetenz einzubringen, oder dass sie sogar fahrlässig in Kauf nimmt, die erneuerbaren Energien zu diskreditieren. Das sind wir ja schon von der Biokraftstoff-Thematik her gewohnt. Auch damals ist zu einem völlig unvorhersehbaren Zeitpunkt eine Besteuerung gekommen, die die Biokraftstoffbranche an die Wand genagelt hat. Im Nachhinein

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

hat es geheißen, man wolle hier wieder Planungssicherheit herstellen, um eine Perspektive zu eröffnen. Das ist bis heute nicht passiert.

Es drängt sich also förmlich der Verdacht auf, dass das nicht irgendwie Dummheit ist, sondern Absicht: Man will in die Energiebranche, vor allem in den Bereich der erneuerbaren Energien - das haben Sie jetzt mit gutem Geschick geschafft -, so viel Planungsunsicherheit bringen, dass die Investoren abspringen, am Ende niemand mehr bereit ist, hierfür Geld auszugeben, weil er sagt: Ich weiß nicht, was morgen kommt.

Wenn die CSU das Ziel hat, bis 2030 etwa 40 % erneuerbare Energien in Bayern zu haben, dann muss ich sagen: Dieses Ziel ist nicht ehrgeizig genug. Wenn Sie hier wirklich die Tore öffnen würden, könnten wir sehr viel mehr haben. Aber das haben Sie offensichtlich nicht vor.

Hier ist zunächst das Datum 1. April genannt worden, dann wird der 1. Juli genannt, jetzt wird der 1. Oktober genannt - das in einer Zeit, in der sich Leute entscheiden sollen, wie sie investieren sollen. Keiner weiß, wo es lang geht!

Meine Damen und Herren, wir haben vor einiger Zeit einen Antrag eingebracht, für die Kommunen Planungssicherheit bezüglich der Gewerbesteuersituation

herzustellen. Die 70/30-Regelung ist jetzt auf Bundesebene irgendwo in einer Pipeline, aber an der Basis, in der Praxis noch nicht angekommen.

Genauso ist es mit der Zielsetzung, Freiflächenanlagen nicht nur auf teilweise sehr hochwertigem Ackerland aufzustellen, sondern damit auch auf Grünland zu gehen. Auch das wird von der CDU im Bund abgelehnt, in Bayern wird es irgendwie propagiert.

Meine Damen und Herren, auch hier bringen Sie alles durcheinander. Hieran kann man ablesen: Sie wollen es de facto nicht. Ich appelliere an Sie: Setzen Sie sich dafür ein, dass hier Planungssicherheit kommt. Gehen Sie auf die guten Argumente ein und lassen Sie nicht erst einen Schuss los, der da lautet: Freiflächenanlagen wollen wir nicht mehr, dann kommt die Kritik aus der Branche, es kommt wieder die Zusage: Hoppla, Kommando zurück, jetzt wollen wir es doch wieder!

Liebe Abgeordnete der CSU, es muss Ihnen doch irgendwann selber klar werden, dass das, was hier von oben kommt, für den Bürger nicht mehr nachvollziehbar, nicht mehr verständlich ist und in der Praxis draußen - Sie sind ja zu Hause auch in den Kommunalparlamenten - dazu führt, dass die Bürgermeister sagen: Jawohl, vor einem Jahr, vor zwei Jahren, haben wir, als die Freiflächenanlagen gekommen sind, diese noch mit offenen Armen begrüßt, und jetzt kommt plötzlich so ein gewisses Zurückweichen, so eine Vorsicht: Hoppla, wir wissen nicht, was da auf uns zukommt, am Ende vielleicht auch die Entsorgungskosten für die Freiflächenanlagen. Wer ist dafür verantwortlich, diese wieder abzubauen? Da tauchen heute Betreiber auf, die morgen wieder weg sind. Am Ende bleibt der Grundstückseigentümer auf der Sache sitzen. Hier brauchen wir Planungssicherheit, hier brauchen wir Entscheidungen.

Vom Kollegen Kirschner habe ich vorhin gehört, ob es denn richtig sei, wenn für 500.000 Euro investiert wird und ein Investor nach 20 Jahren 300.000 Euro auf der hohen Kante liegen hat. Da kommt plötzlich das Neidargument. Ist es denn richtig, wenn die Kernenergieproduzenten Milliarden gewinnen? Dazu kommt von der FDP nur das Argument: Man muss den Leuten ihren Gewinn gönnen. Man soll kein Neidhammel sein. Aber wenn derjenige, der bei der Photovoltaik vielleicht ein paar Euro verdient - ich will es darauf ankommen lassen, ob er am Ende nicht wieder Entsorgungskosten damit zu bezahlen hat -, hat man plötzlich ein schlechtes Gewissen wegen des Geldes, das dort vielleicht sogar im dümmsten Fall aus Ihrer Sicht dezentral bei Privatleuten landet.

Meine Damen und Herren, wir brauchen dezentrale, regionale Energiepolitik und nicht diese zukunftsverweigernde Atomenergielaufzeitverlängerung. Dort gibt

man Planungssicherheit nach vorne, dort verlängert man Phasen, um die Kernkraftwerke weiterlaufen zu lassen. Aber bei den erneuerbaren Energien tut man sich sehr schwer, denen das zuzugestehen, was man ihnen vorher versprochen hatte. Man kommt überraschend mit Kürzungen. Ich würde den Aufschrei hören wollen, wenn Sie zur Kernenergiebranche sagen würden: Wir halten uns nicht an den Atomkonsens, sondern wollen drei Jahre eher raus, genauso wie Sie jetzt zur Photovoltaikbranche sagen: Wir wollen eher aus dieser Förderung heraus.

In diesem Sinne ist eindeutig ablesbar: Sie betreiben leider Gottes eine Politik gegen die erneuerbaren Energien. Ich bitte Sie, sich dafür einzusetzen, dass hier Planungssicherheit hineinkommt, damit die Kommunen und die Betreiber wissen, was los ist. Bis heute wissen sie es leider nicht.

Wir stimmen dem Antrag zu.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Kollege Aiwanger. - Für die FDP kommt nun Tobias Thalhammer zu Wort. Bitte schön.

Tobias Thalhammer (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich verweise eins zu eins auf meinen Wortbeitrag vom letzten Mittwoch, wo wir uns bereits mit demselben Thema beschäftigt haben. Zu allen Aspekten, die heute genannt wurden, habe ich letzten Mittwoch bereits Stellung bezogen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Thalhammer. - Herr Staatsminister Zeil, Sie erhalten nun das Wort. Bitte schön.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, gestatten Sie drei Sätze.

Erstens wird auch diese Debatte nach dem Motto geführt: Es ist alles gesagt, nur nicht von jedem.

(Hubert Aiwanger (FW): Das ist ja immer so!)

Zweitens verweise ich auf meine Rede von letzter Woche.

Drittens sage ich Ihnen: Die Dinge sind aus heutiger Sicht auf gutem Weg.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank. Sie entlasten damit den Stenografischen Dienst.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kollegen! Bei so einer enttäuschenden Aussage eines Ministers muss man sich noch einmal zu Wort melden.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Ich weiß nicht, ob Ihnen der Ernst der Lage der Handwerksbetriebe überhaupt ansatzweise bewusst ist.

(Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Das denke ich doch!)

Wissen Sie auch nur ansatzweise, was das für Zwei-, Drei-Mann-Betriebe bedeutet, die mit Aufträgen planen müssen, die vorher Module kaufen müssen, die zu bestimmten Stichtagen fertig werden müssen? Ist Ihnen das bewusst, wenn Sie hier einfach auf das verweisen, was Sie letztes Mal gesagt haben?

Sie wissen doch genau: Gestern wurde im Umweltausschuss des Bundestages darüber diskutiert, es hätten sich Dinge geändert, es gebe eine neue Art Förderprogramm für die Modulhersteller, davon sei Ostdeutschland betroffen, es hätten sich Fakten geändert. Was macht die Bayerische Staatsregierung? Sie lehnt sich zurück und sagt: Die in Berlin machen das schon. Damit vertreten Sie nicht die Interessen Bayerns. Das ist doch ein Armutszeugnis.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD - Unruhe bei der CSU)

Damit komme ich zur Aussage des Kollegen Reiß.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Hartmann, ich bitte um Entschuldigung. Ich möchte die CSU-Fraktion um mehr Ruhe bitten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Bitte, fahren Sie fort.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Nur ganz kurz zum Kollegen Reiß. Wenn ich es richtig verstanden habe, ging es darum, die Kürzung vielleicht bis zum 1. Oktober hinauszuzögern. Ich glaube, das Problem ist Ihnen nicht bewusst. Wenn Sie die Kürzung vielleicht hinauszögern und bei einem Stichtag bleiben und Ende des Jahres wieder eine Kürzung kommt, verschärfen Sie die Situation ja wieder. Mir scheint, dieses Problem kommt bei Ihnen nicht an. Das ist echt schade, weil in Bayern so viele Firmen davon betroffen sind.

Wenn Sie einfach nur verzögern und eine Absenkung von 16 % zum 1. Oktober beschließen, dann folgt zum Jahresende die im EEG vorgesehene Kürzung, je nach Zubau, die sicher wieder im zweistelligen Bereich liegen wird. Dann haben wir über drei Monate eine Kürzung von wahrscheinlich 26 bis 28 %. Damit tun wir den bayerischen Berieben auch keinen Gefallen.

Entscheidend ist, dass man diese Stufe entschärft. Das kann man aber nur erreichen, indem man monatlich oder quartalsweise eine einmalige Sonderkürzung macht, die über mehrere Stufen aufgeteilt wird. Das ist machbar.

Letztes Mal kam vom Kollegen der FDP der Vorwurf: Ihr seid zu bürokratisch. Sie haben sich heute ja nicht mehr zu Wort gemeldet.

(Tobias Thalhammer (FDP): Das habe ich letzte Woche nicht gesagt!)

- Das haben Sie nicht gesagt? Entschuldigung. Dann war es wohl vom CSU-Kollegen.

Aber das Argument, es sei aufwendig, die Kürzung in mehreren Stufen zu machen, ist doch absurd. Jeder weiß, es gibt x Sondertarife im Strombereich. Sie als Privatkunde bekommen das natürlich nicht mit. Aber Firmen haben x Sondertarife. Es ist alles berechenbar und abrechenbar. Es ist doch absurd zu denken, es sei technisch nicht möglich zu sagen: Die Anlage, die zum 1. Juli ans Netz geht, kriegt 1,35 % weniger Einspeisevergütung. Die Anlage, die einen Monat später ans Netz geht, kriegt noch einmal 1,35 % weniger. Das ist doch überhaupt nicht kompliziert. Das ist absolut machbar. Wir haben im EEG eine ganze Reihe verschiedener Instrumente, wie die Einspeisevergütung berechnet wird. Da gibt es eine Grundvergütung, dann gibt es einen Nachhaltigkeitsbonus bei Kraft-Wärme-Anlagen. Das funktioniert dort auch alles mit mehreren Tarifen. Warum sollte das bei den PV-Anlagen nicht gehen?

Zum Schluss noch zu dem, was vorhin von der FDP bei der Zwischenmeldung angesprochen wurde. Es spricht sich bei uns in der GRÜNEN-Fraktion keiner gegen eine Kürzung aus. Das muss man ganz deutlich sagen. Wir halten aber eine angemessene Anpassung in Stufen für angebracht, und zwar aus folgendem Grund: Wir haben ein Ziel, und zwar seit dem Jahr 2000, und bei diesem Ziel sind wir erfolgreicher, als wir je gedacht hatten. Es ist das Ziel, den Solarstrom jedes Jahr günstiger und wettbewerbsfähiger zu machen. Dafür haben wir im EEG auch Stufen vorgesehen, die jedes Jahr reduziert werden. Es ist sehr positiv, dass die Modulpreise schneller gefallen sind. Aber trotzdem kann die Politik doch nicht eine Hauruck-Aktion machen. Eigentlich ist es gar keine richtige Hauruck-Aktion, weil man nicht

genau weiß, was man machen möchte. Man braucht trotzdem Planungssicherheit.

Die Modulpreise sind ja nur ein Teil der Kosten. Dazu kommen die Handwerker, die auch entsprechend planen müssen, sodass man sagen kann: Eine Kürzung ist richtig, aber bitte in Stufen.

Ich bitte wirklich - eigentlich müsste man das ja fordern -, man kann doch von der Bayerischen Staatsregierung erwarten, dass sie die bayerischen Interessen in Berlin vertritt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Hartmann. - Jetzt hat sich noch Herr Kollege Wörner zu Wort gemeldet.

Ludwig Wörner (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, mit Ihrer Erklärung haben Sie gerade das Parlament missachtet. Das Parlament muss sich fragen, ob es sich das gefallen lässt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Ich bin von diesem Stil bei Ihnen überrascht, dass sage ich Ihnen ganz persönlich. Aber das beweist mir, dass Sie Ihre Geisterfahrt nicht beenden wollen, weil Sie den Koalitionsfrieden erhalten wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Sie sind sich in dieser Koalition nicht einig, was Sie wollen. Dann verzögern Sie auf dem Rücken von Arbeitnehmern und der Industrie einen Prozess, der längst erledigt sein könnte.

(Alexander König (CSU): Erzähl nicht so einen Schmarrn, Wörner!)

Meine Damen und Herren, das nenne ich wirtschaftsfeindlich. Es ist eine industriepolitische Geisterfahrt, die Sie da veranstalten.

Gerade haben Sie so getan: Es ist alles auf gutem Weg, die Welt ist heil. Da gibt es ein paar Streicheleinheiten für die Dummen. Und die, die genauer zuhören, dürfen Gott sei Dank noch einmal reden.

Herr Minister, noch mal: Wenn Sie sich mit Ihrem Koalitionspartner nicht einig sind, dann sagen Sie das halt. Damit haben wir kein Problem. Das kann ja einmal sein. Das passiert in den besten Familien. Aber hören Sie auf, die Industrie zu verunsichern und die Menschen, die dort investieren wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Eines kommt nämlich noch hinzu. Eon und andere Stromerzeuger sind gerade verteidigt worden. Eon bremst zurzeit die Anmeldungen. Ich bin gespannt, wie Sie die Rechtsunsicherheit auflösen wollen, wenn Eon sagt: Wir können im Moment nicht mehr Anträge bearbeiten, weil Sie mit Ihrer Politik den Hype verursacht haben. Da wird auf Teufel komm raus angemeldet, weil alle die alte Förderung wollen. Eon sagt: Wir haben keine Leute; wir machen das nicht. Ich habe erst neulich ein Telefonat mit der Außenstelle Regensburg geführt; die sagen mir: Es geht nicht, wir bekommen es nicht auf die Reihe. Was machen Sie denn mit all denen? Sie haben rechtzeitig beantragt, bekommen aber keinen Anschluss, warum auch immer, weil Eon verzögert, warum auch immer. Wo besteht in dieser Frage Rechtsunsicherheit? Wenn es blöd läuft, bekommen sie nämlich die Einspeisevergütung in der alten Form nicht. Das ist einfach ärgerlich; damit verhindern Sie letztlich, dass Voltaik weiterhin als Blüte der regenerativen Energien in Bayern gepflegt wird. Sie zertreten die Pflanze, die gerade richtig gedeiht.

Wir meinen, es wäre des Parlamentes angemessen gewesen, heute zu erklären, wohin Sie wollen, die Rechtsunsicherheiten herauszunehmen und dafür Sorge zu tragen, dass Sie in Berlin das, was Sie in Bayern wollen, auch durchsetzen, es aber zunächst dem bayerischen Parlament vorstellen, damit wir überhaupt sagen können, ob wir mit dem einverstanden sind, was Sie in der Zukunft vorhaben.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Nun liegen mir aber keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. - Herr Kollege Thalhammer, Sie brauchen jetzt noch nicht mit der Namenskarte zu winken; wir kommen jetzt zunächst zur Abstimmung über diesen Antrag, und diese wird in einfacher Form durchgeführt.

Meine Damen und Herren, wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/4590 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Fraktionen der GRÜNEN, der SPD, der Freien Wähler und Kollegin Pauli. Vielen Dank. Gegenstimmen? - FDP- und CSU-Fraktion. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 16/4591 mit 16/4594, 16/4596, 16/4597 und 16/4606 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Tagesordnungspunkt 17 habe ich irrtümlich schon einmal zu früh genannt. Er wird einvernehmlich auf die nächste Plenarsitzung verschoben.

Nun kommen wir zur namentlichen Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Wir beginnen mit dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/4589. Das ist der Antrag der Fraktion der Freien Wähler. Die Urnen stehen bereit. Wenn Sie einverstanden sind, legen wir jetzt schon drei Minuten Abstimmungszeit fest.

(Zurufe: Jawohl!)

- Drei Minuten. Wir beginnen jetzt.

(Thomas Kreuzer (CSU): Es sind zwei Abstimmungen! Dass das jeder mitbekommt!)

- Im Anschluss folgt noch eine namentliche Abstimmung, genau. -

(Namentliche Abstimmung von 16.23 bis 16.26 Uhr)

Meine Damen und Herren, die drei Minuten sind beendet. Ich schließe die Abstimmung. - Sind die Urnen zwischenzeitlich wieder geleert? - Danke schön. Dann stelle ich den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/4602 zur Abstimmung. Das ist der Antrag der SPD-Fraktion. Bitte schön, die Abstimmung ist eröffnet; die Abstimmungszeit beträgt wieder drei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 16.27 bis 16.30 Uhr)

Meine Damen und Herren, die drei Minuten sind um. Ich beende den Abstimmungsvorgang. Es wird außerhalb des Saales ausgezählt. Wir fahren in der Tagesordnung fort. - Wenn ich Sie bitten dürfte, die Plätze wieder einzunehmen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 18 auf:

**Eingabe
betreffend Betriebsverbot für Medizinprodukt (Az:
UG.0214.16)**

Der Ausschuss für Umwelt und Gesundheit hat sich mit der Eingabe in seiner Sitzung am 25. März 2010 befasst. Er hat beschlossen, die Eingabe gemäß § 80 Nummer 4 der Geschäftsordnung aufgrund der Stellungnahme der Staatsregierung für erledigt zu erklären. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat gemäß Artikel 5 Absatz 2 Satz 2 des Bayerischen Petitionsgesetzes fristgerecht beantragt, die Eingabe auf die Tagesordnung des Plenums zu setzen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat auch beantragt, die Abstimmung in namentlicher Form durchführen zu lassen.